NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 19.03.2026 | Isabelle Werenfels

Außer Kontrolle

Der Irak rutscht zurück in die Unsicherheit: Pro-iranische Milizen gewinnen Einfluss, Bagdad wirkt machtlos.

Der Irak versucht vergebens, sich dem Irankrieg zu entziehen. Es droht eine erneute Destabilisierung. Dabei wirkte das Land noch vor wenigen Monaten so stabil, sicher und eigenständig wie schon lange nicht mehr. Vom Zwölf-Tage-Krieg zwischen Israel und Iran im Juni 2025 war das Land kaum tangiert worden. Zwei Jahre zuvor hatte Bagdad im Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien gar eine vermittelnde Rolle gespielt. Die Regierung von Mohammed Shia al-Sudani hatte zudem einigermaßen erfolgreich zwischen iranischen und amerikanischen Interessen im Irak navigiert.

Umfragen zeigten denn auch eine wachsende Zufriedenheit mit der Regierung und ihrer *Iraq First*-Agenda. Dies schlug sich bei Parlamentswahlen im November 2025 in einer vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung von rund 56 Prozent nieder. Auch die Konflikte zwischen der Regierung der Region Kurdistan (KRG) und der Zentralregierung in Bagdad um die Verteilung von Öleinnahmen und direkte Verträge mit ausländischen Firmen konnten 2025 zumindest vorübergehend beigelegt werden. Nicht zuletzt packte die Regierung ambitionierte Infrastrukturprojekte an, so dass der *Economist* im September 2025 gar titelte „The world's surprise boomtown: Baghdad".

Kurzum: Gut zwei Jahrzehnte nach der von den USA angeführten Invasion zum Sturz Saddam Husseins 2003 und knapp ein Jahrzehnt nach dem militärischen Sieg über den Islamischen Staat, der den Irak 2014 überrannt hatte, schien die Lage vielversprechend.

Doch der Krieg zwischen den USA, Israel und Iran hat die inneren Spannungen des Irak nun massiv zutage treten lassen. Viele der strukturellen Probleme, die zu inneren Konflikten im profund ethno-konfessionell geprägten System geführt hatten, bleiben trotz des neuen Anstrichs bestehen. Sie haben nicht zuletzt die Regierungsbildung nach den Wahlen im letzten Jahr blockiert.

Dabei betont man im Irak einhellig und dezidiert, das Land lasse sich

nicht in den Krieg hineinziehen und Verletzungen der irakischen Souveränität sowie Attacken von irakischem Territorium auf Nachbarstaaten würden nicht akzeptiert. Zwar ist die Rhetorik aller relevanten politischen Akteure – vom geschäftsführenden schiitischen Premierminister, über den sunnitischen Parlamentspräsidenten, den kurdischen Staatspräsidenten bis hin zum Obersten Justizrat und zur KRG – nahezu einhellig: Man verurteilt die amerikanischen und israelischen Angriffe, bezeugt Trauer über den Tod Khameneis und gratuliert dem neuen Revolutionsführer. Doch Aufrufe zu militärischen Handlungen bleiben aus. Im Gegenteil: Selbst Großayatollah Ali al-Sistani rief zu Zurückhaltung und Diplomatie auf. Als höchste schiitische Instanz im Irak hat er enormen Einfluss auf die irakischen Schiiten und stellt ein moderates und national orientiertes Gegengewicht zum iranischen Revolutionsführers dar.

Die irakische Regierung hat so gut wie keinen Einfluss auf die wachsenden kriegerischen Auseinandersetzungen im eigenen Land.

Doch dieser beschwörenden Rhetorik zum Trotz hat die irakische Regierung so gut wie keinen Einfluss auf die wachsenden kriegerischen Auseinandersetzungen im eigenen Land. Dies zeigen drei Entwicklungen beispielhaft:

Erstens haben sich Iran-nahe Milizen des sogenannten Islamischen Widerstands im Irak (IRI) an der Seite Teherans in den Krieg eingeschaltet. Mit Drohnen und Raketen attackieren sie militärische und zivile US- und internationale Einrichtungen wie Militärbasen, Flughäfen, Botschaften, Hotels und Öl- und Hafeninfrastruktur. Nicht immer ist klar, wann der Iran und wann die irakischen Milizen hinter einem Angriff stehen. Die USA und/oder Israel wiederum greifen Kämpfer und logistische Basen des IRI an und nehmen gezielt deren operative Kader ins Visier. Ein Teil der IRI-Milizen gehören dem *Haschd al-Shaabi* (PMF) an, dem Dachverband der bewaffneten Gruppen, der formell dem Premierminister untersteht und ein staatliches Budget hat. Tatsächlich agieren die einzelnen Gruppen allerdings weitgehend autonom und parallel zu den regulären irakischen Sicherheitskräften und geraten nun zunehmend in Auseinandersetzungen mit diesen.

Einige Milizen haben Premier Sudani persönlich mit Gewalt gedroht, falls er gegen sie vorgeht. Allerdings ist der PMF gespalten. Wichtige bewaffnete Gruppen halten sich trotz fulminanter anti-amerikanischer und anti-israelischer Rhetorik militärisch zurück, denn sie befinden sich in einem Dilemma: Sie wollen ihr Widerstandsimage und ihre Nähe zu Iran beibehalten, ohne ihre institutionellen Gewinne im Irak aufs Spiel zu setzen. PMF-Führungsfiguren haben sich zunehmend in der Wirtschaft breitgemacht, selbst in sensiblen Sektoren wie etwa der

Telekommunikation. Ihr politischer Einfluss ist ebenfalls erheblich. Sie stellen Minister und – über affiliierte Parteien und ihnen loyalen Personen – rund ein Drittel des aktuellen Parlaments. Mit den zunehmenden US-Angriffen auch auf PMF-Zentralen und -Führungsfiguren steigt der Druck auf alle *Haschd*-Gruppen, sich einzumischen.

Zweitens wird die Kurdische Region im Irak (KRI) immer mehr zu einer Arena von Stellvertreter-Auseinandersetzungen. Irakische Milizen und/oder der Iran attackieren hier westliche militärische und zivile Ziele sowie die Öl-Infrastruktur und iranisch-kurdische Oppositionsgruppen. Dabei treffen sie zuweilen auch irakisch-kurdische Einrichtungen. Berichte von Anfang März, dass die USA und Israel diese Oppositionsgruppen im Irak für eine Bodenoffensive ausrüsten und nutzen wollten und dass Grenzüberschreitungen iranisch-kurdischer Kämpfer bereits erfolgt seien, hatte die Kurdische Regierung in Erbil dezidiert dementiert. Aber Bagdad bleibt misstrauisch und befürchtet, dass amerikanischer Druck doch zur Unterstützung durch Erbil führen könnte. Umgekehrt hat der Präsident der *Kurdistan Democratic Party* (KDP), Masud Barzani, von der Zentralregierung in Bagdad entschieden verlangt, dass sie Anschläge von Milizen unterbindet, und mit dem Einsatz kurdischer *Peschmerga*-Kämpfer gedroht.

Nicht zuletzt hat die Regierung *drittens* keinen Einfluss auf den nahezu kompletten Kollaps ihrer Öl- und Gasexporte aufgrund der blockierten Transportwege in der Straße von Hormus. Die Lieferungen in die Türkei über Pipelines aus dem Nordirak sind vorübergehend ebenfalls ausgesetzt worden, einerseits aufgrund kriegsbeschädigter Infrastruktur, andererseits aber auch weil Bagdad und Erbil über Zolleinnahmen streiten und die KRG ihre aktuelle Verhandlungsmacht zu nutzen versuchte. Zwar konnten die USA Erbil nun zum Einlenken bewegen, aber damit kann nur ein Bruchteil der im Südirak weggebrochenen Ölexporte kompensiert werden. Da über 90 Prozent der irakischen Exporteinnahmen aus dem Ölsektor kommen, droht mittelfristig eine Finanz- und Budgetkrise. Zudem könnte die Stromproduktion kollabieren, da die irakische Elektrizitätsproduktion nicht unerheblich von den aktuell eingestellten iranischen Gaseinfuhren abhängt Anfang März kam es bereits zu einem wohl kriegsbedingten landesweiten Blackout.

Die aktuellen Entwicklungen könnten auch den Graben zwischen Sunniten und Schiiten

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein enormes Dilemma für die Zentralregierung ab: Wenn sie nicht gegen die Milizen vorgeht, dann werden die USA ihre Angriffe weiter intensivieren und die KRG wird möglicherweise

wieder vertiefen.

empfänglicher für amerikanischen Druck und ihre Verhandlungsmacht im Bereich der Energieexporte wieder verstärkt einsetzen. Wenn die Regierung aber entschieden gegen die Milizen vorgeht, zieht sie die Wut der PMF und weiter Teile der schiitischen Bevölkerung auf sich und riskiert eine Eskalation der innerirakischen Gewalt. Die aktuellen Entwicklungen könnten auch den Graben zwischen Sunniten und Schiiten wieder vertiefen. Zwar äußern sich sunnitische Politiker derzeit kaum oder nur vorsichtig. Aber in sozialen Medien freuen sich sunnitische Iraker über die Angriffe auf „die *Haschd*-Terrorgruppen". Umgekehrt fürchten sich viele Schiiten im Irak schon seit der Machtübernahme von Ahmed al-Sharaa in Syrien vor stärkeren Machtansprüchen der eigenen Sunniten. Aktuell sorgen sich zudem viele um die Sicherheit von Gefängnissen im Irak, in denen sich rund 5 700 ISIS-Kämpfer befinden, die von den USA aus Syrien transferiert worden sind.

All das erschwert die eigentlich anstehende Regierungsbildung. Die Kurden sind uneins über den kurdischen Präsidentschaftskandidaten. Und der *Schiitische Koordinationsrahmen*, der mächtigste kollektive politische Akteur im Land, streitet über die erneute Kandidatur des Iran-nahen ehemaligen Premier Nuri al-Maliki. Die Trump-Administration hatte sich schon vor dem Krieg deutlich gegen Maliki ausgesprochen und gedroht, die irakischen Devisenreserven, die in der *Federal Reserve Bank* liegen, zu blockieren, falls es nicht zur Entwaffnung von PMF-Gruppen kommt. Mit der zunehmenden Eskalation des Kriegs haben sich die Positionen im Koordinationsrahmen darüber, ob ein sehr iran-naher Kandidat in der aktuellen Situation der richtige ist oder nicht, weiter verhärtet. Folglich dürfte Mohammed Shia al-Sudani noch eine Weile kommissarisch im Amt bleiben.

Fest steht: Die irakische Regierung bleibt Spielball des größeren Geschehens und kann trotz ihrer „Iraq First" Bestrebungen den zentrifugalen und destabilisierenden Dynamiken im Land so gut wie nicht entgegenwirken. Selbst wenn es bald zu einem amerikanisch-iranischen Waffenstillstand kommen sollte, sind im Irak Kräfte entfesselt worden, die so schnell nicht wieder eingefangen werden können.



Isabelle Werenfels
Berlin

Dr. Isabelle Werenfels ist *Senior Fellow* in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sie forscht zu politischen Transformationen, Elitenwandel und europäischer Politik gegenüber dem Maghreb.